

Wirtschaftskraft bleibt trotz Corona stabil

Landrat stellt sich Fragen der BVW

Wolfratshausen – Die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie dominierten am Donnerstag die Online-Diskussionsrunde „#BWWOR aktiv“. Eingeloggt hatten sich Landrat Josef Niedermaier sowie Vertreter der Bürgervereinigung Wolfratshausen (BVW) und der Freien Wähler aus Geretsried.

Trotz steigender Inzidenzwerte gab sich Niedermaier zuversichtlich und belegte dies mit Zahlen. Demnach seien mittlerweile deutlich mehr Impfdosen vorhanden. „Die Zeit der Mangelverwaltung ist vorbei“, erklärte Niedermaier. Erfreulich sei auch die stetige Vermehrung der Teststationen. Dennoch warnte der Landrat vor voreiligen Experimenten wie dem Tübinger Modell, das in Kleinstädten wie Wolfratshausen, Geretsried oder Bad Tölz kaum umzusetzen sei. „Um den Handel wirklich zu beleben, müssten wir in einer Stadt innerhalb von vier Stunden etwa 2000 Tests machen“, rechnete er vor. Diese hohe Zahl sei trotz des vorbildlichen Einsatzes der ehrenamtlichen Helfer von BRK, Caritas und anderen Initiativen kaum zu leisten. Bürgermeister Klaus Heilinglechner und Stadträtin Dr. Ulrike Krischke warben dennoch dafür, die Testangebote zu nutzen. „Es stärkt die Solidargemeinschaft, wenn sich die Bürger testen lassen und dann mit ihren Einkäufen die regionalen Einzelhändler unterstützen“, erklärte Krischke. Heilinglechner versprach, dafür kräftig die Werbetrommel zu rühren.

Auf Nachfrage von Engelbert Stapf versicherte Niedermaier, dass die Wirtschaftsleistung des Landkreises während der Pandemie im Vergleich zu den Vorjahren nur um etwa fünf Prozent gesunken ist. Das produzierende Gewerbe und viele Handwerksbetriebe hätten volle Auftragsbücher. „Bei Handel und Gastronomie sieht es leider anders aus“, räumte Niedermaier ein. Die Probleme in diesen Branchen seien allerdings schon vor der Pandemie erkennbar gewesen, hätten sich nun aber dramatisch verschärft.

Die vom Landkreis angekündigten millionenschweren Bauprojekte wie die Schulsanierungen müssten dagegen nicht verschoben werden. Einzig die derzeit noch unzureichende IT-Betreuung und Digitalisierung an Schulen bereitet Niedermaier Sorgen. Hier sieht er aber in erster Linie den Freistaat und nicht den Landkreis in der Pflicht.
ph